

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Der Winter meldet sich zurück

Vier Wochen vor Frühlingsanfang erstmals winterliche Verhältnisse

Nach zweieinhalb überdurchschnittlich warmen Monaten und knapp vier Wochen vor dem offiziellen Frühlingsbeginn hat sich der Winter in Liechtenstein doch noch zurückgemeldet: In der Nacht auf gestern Donnerstag fielen in der Talebene im Durchschnitt rund 20 Zentimeter Neuschnee, wie uns der Vaduzer Wetterbeobachter Manfred Senti auf Anfrage mitteilte. Trotz des ersten richtigen Schneefalls, der zeitweise auch am Nachmittag anhielt, kam es auf unserem Strassennetz weder zu Behinderungen noch zu grösseren Verkehrsunfällen.

Fast den ganzen Donnerstag über schneite es in unserem Wintersportort Malbun. Nach Angaben der Malbun-Bahn AG betrug die Neuschneedecke dort am Vormittag bereits rund einen halben Meter, so dass sämtliche Skilifte ausgezeichnete Verhältnisse melden können. Auch die Temperaturen waren zumindest vorübergehend der Jahreszeit entsprechend tief. Auf der Wetterbeobachtungsstation in Vaduz wurden gestern früh minus zwei Grad Celsius gemessen.

Die Liechtensteiner Automobilisten hatten sich auf die neuen Strassenverhält-

nisse recht gut eingestellt. Gemäss Auskunft von Verkehrspolizeiführer Herbert Meier musste die Polizei am Donnerstag früh erfreulicherweise zu keinem einzigen Verkehrsunfall ausrücken. Erst im Verlaufe des Vormittags gingen dann doch noch Meldungen ein, dass bei kleineren «Rutsch-Partien» Inschutzposten etc. gerammt wurden. Personen wurden jedoch keine verletzt. Die Schneeräumung auf den Strassen funktionierte problemlos.

Wetter bleibt eher winterlich

Den grössten Schneezuwachs innert 24 Stunden mass die Schweizerische Meteorologische Anstalt (SMA) gestern mit 65 Zentimetern auf dem Säntis. Auch für das Wochenende sagt die SMA für unsere Region eher winterliches Wetter mit Kälte, Bewölkung und zeitweisem Schneefall voraus.

Am ganzen Alpennordhang entstand eine erhebliche örtliche Schneebrettgefahr. Wie das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung Weisfluhjoch-Davos (GR) mitteilte, haben sich die bei tiefen Temperaturen abgelagerten Neuschneemengen noch ungenügend verfestigt.



Knapp vier Wochen vor dem offiziellen Frühlingsbeginn herrschen nun auch in Liechtenstein fast hochwinterliche Verhältnisse. Die Buben der Primarschule Ebenholz in Vaduz nutzten gestern zusammen mit ihrem Lehrer diese willkommene Gelegenheit, um erstmals in diesem Winter einen richtigen Schneemann zu bauen. (Bild: bs)

## Liechtenstein-EG: Noch fehlen die Strategien für die Zukunft

Die Regierung will die EG-Position der Schweiz erörtern – keine eigenen Vorstellungen über die Bereiche, die über den Zollvertrag hinausgehen

Schon 1984 beschloss die Europäische Gemeinschaft (EG), bis 1992 einen einheitlichen und homogenen Binnenmarkt in Europa zu schaffen. Vier Jahre später weiss die Regierung offenbar noch nicht, welche Position sie dazu einnehmen soll. Noch fehlen, wie Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch in einer gewonnenen Erklärung zugab, sowohl Grundlagen wie auch die auf diesen Grundlagen aufbauenden Strategien. Nach seiner Auffassung genügt offensichtlich der Hinweis auf den schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag, der schon 1924 in Kraft trat, als Grundlage.

Die Problematik der Entwicklung im europäischen Raum ist zwar von der Regierung erkannt worden, denn in ihrem Bericht zum «Standort und Zielsetzungen der liechtensteinischen Aussenpolitik» hielt sie fest: «Für die EFTA-Länder und damit auch für Liechtenstein ist die in jüngerer Zeit erfolgte Intensivierung der Bemühungen zur Schaffung eines dynamischen und homogenen, die EFTA-Länder und die EG umfassenden europäischen Wirtschaftsraumes von vorrangiger Bedeutung». Und mit Blick auf die von der EG ausgehende Dynamik formu-

lierte sie im Bericht: «Die künftige Ausgestaltung dieser Beziehungen und ihre Entwicklung zählen ohne Zweifel zu den elementarsten Fragen, welche die Zukunft Europas, der einzelnen Staaten und damit auch Liechtensteins betreffen.»

Zollvertrag allein genügt nicht

Die liechtensteinische Position wird, das wurde bisher von keiner Seite bestritten, durch den schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag bestimmt. Dieser Zollvertrag war auch die Basis für das dreiseitige Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schweiz und Liechtenstein im Jahre 1972, doch bereits damals wurde offenkundig, dass die sehr vage gehaltenen Formulierungen des Zollvertrages den Anforderungen eines Freihandelsabkommens nicht ganz genügen. Die von der EG angestrebte Entwicklung zu einem europäischen Binnenmarkt geht jedoch noch einen Schritt weiter und umfasst nicht nur die klassische Handelsmaterie, sondern weitet sich auch auf die in unserem Land besonders gut entwickelten Dienstleistungsbereiche aus. Die Regierung verfügt aber noch nicht über ein Grundlagenpapier, das die

Position Liechtensteins in diesem europäischen Entwicklungsprozess definiert und Strategien für die Haltung unseres Landes in der Zukunft festlegt.

Abwarten und aussitzen?

Regierungschef Brunhart schiebt die EG-Frage offenbar wie die Steuerreform und andere Probleme vor sich her. Wichtig für ihn ist, wie er am Pressegespräch erklärte, dass die Schweiz ihre Position, nämlich keinen Beitritt zur EG anzustreben, aber doch möglichst enge Beziehungen zu entwickeln, dargestellt habe. In Gesprächen mit dem schweizerischen Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, der heute Freitag und morgen Samstag zu einem Besuch in unserem Land weilt, möchte er das weitere Vorgehen besprechen. Unbeantwortet blieb dabei die Frage, welche Vorstellungen die liechtensteinische Seite dem Besucher aus der Schweiz zu unterbreiten gedenke, denn mit der liechtensteinischen Wirtschaft fanden darüber nur Gespräche am Rande statt. Wie Brunhart am Pressegespräch ausführte, sei vor Jahren mit Vertretern der Exportindustrie über Technologiefragen diskutiert worden, mehr nicht. Ge-

spräche mit den verschiedenen Dienstleistungszweigen hätten bisher noch keine stattgefunden.

Nicht erfasste Bereiche

Ausgehend von diesen nicht gerade umfassenden Vorarbeiten dürfte der liechtensteinisch-schweizerische Meinungsaustausch zur EG-Frage recht einseitig verlaufen. Vorerst ist eine liechtensteinische Position, die sich am Zollvertrag orientiert, aber doch eigenständige Elemente enthält und jene Bereiche, die vom klassischen Handelsbereich des Zollvertrages nicht erfasst sind, in besonderer Weise definiert, nicht erkennbar. Wohl aber ist die Problematik erkannt, wie im Bericht zur Aussenpolitik geschrieben steht: «Für Liechtenstein steht dabei, neben jeweiligen statusrechtlichen und anderen Überlegungen, die Frage einer selbständigen Mitarbeit in jenen Bereich im Vordergrund, welche von den einschlägigen vertraglichen Regelungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz einerseits und den darauf beruhenden Sonderabkommen Liechtensteins mit der EFTA und der EWG andererseits nicht erfasst sind.» (G.M.)

**CALGARY** auf einen Blick

Freitag, 26. Februar

18.30 Damen-Slalom (mit Jolanda Kindl und Jacqueline Vogt)  
19.00 Biathlon-Staffel 4 x 7,5 km  
02.00 Eisschnelllaufen Damen 1000 m

Eishockey Finalrunde:  
BRD - Kanada (18.30)  
CSSR - Finnland (22.30)  
UDSSR - Schweden (02.30)

## Die SBG will Bank in Buchs übernehmen

(spk) Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) hat den Aktionären der Bank in Buchs, Buchs/SG, ein Übernahmeangebot unterbreitet. Wie die SBG am Donnerstag vor der Presse in Zürich verlauten liess, hat der Verwaltungsrat der Bank in Buchs das Angebot zur Annahme empfohlen. Dieser Entscheid wird in Buchs mit einer zunehmend enger werdenden Zinsmarge, der verschärften Konkurrenz sowie grossen Investitionen begründet.

Die SBG offeriert den Aktionären der Bank in Buchs, deren Inhaberaktien zu 2650 Franken (nom. 500 Franken) und die Namenaktien zu 540 Franken (nom. 100 Franken) zu übernehmen. Bereits seit 1971 ist die SBG mit der St. Galler Regionalbank durch eine Minderheitsbeteiligung und einem Zusammenarbeitsvertrag verbunden. Die Bank in Buchs soll bis auf weiteres unter der bisherigen Firma und Leitung sowie mit dem angestammten Personal weitergeführt werden. Das Institut erarbeitete 1986 mit seinen 46 Mitarbeitern einen Gewinn von 1,2 Mio Franken und eine Bilanzsumme von 314 Mio Franken.

Gewinnrückgang für die SBG

(AP) Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) hat 1987 beim ausgewiesenen Reingewinn im Vorjahresvergleich einen Rückgang um 3,0 Prozent auf 752,8 Millionen Franken verzeichnet. Der Cash Flow blieb nahezu unverändert bei 1,464 Milliarden Franken, wie aus dem am Donnerstag in Zürich veröffentlichten Geschäftsbericht der grössten Schweizer Bank hervorgeht. Beantragt wird eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividende.

Die Bilanzsumme wuchs trotz der bremsenden Wirkung des Dollarkursrückgangs um 8,2 Milliarden auf 160,4 Milliarden Franken. Bei unverändertem Dollarkurs hätte sich ein Bilanzsummenwachstum von 19,0 Milliarden Franken ergeben. Laut Geschäftsbericht wurde auch die Erfolgsrechnung durch den starken Rückgang des Dollarkurses spürbar beeinflusst.

## «Evas in den Regierungsrat»

Frauen-Komitee will St. Galler Regierungsratswahlen beleben

St. Gallen (spk) Nun wird es möglicherweise doch nochmals spannend bei den Wahlen in den St. Galler Regierungsrat vom 6. März. Ein überparteiliches Frauenkomitee «für eine Wahl mit Auswahl» hat am Donnerstag Aktionen angekündigt, die dazu aufrufen, einen Stimmzettel mit Frauennamen in die Urne zu legen. Die als «Spitzenkandidatin» bezeichnete, intern in der CVP-Ausmarshung unterlegene Eva Segmüller erklärte gestern, sie wisse nichts von der Aktion.

Mit dem Flugblatt-Titel «Evas in den Regierungsrat» soll offensichtlich indi-

rekt die schweizerische CVP-Parteipräsidentin Eva Segmüller doch noch ins Rennen geschickt werden. Das Komitee verzichtet zwar darauf, konkrete Namen vorzuschlagen. Damit wolle man auch verhindern, dass Frauen «verheizt» würden. In erster Linie gehe es darum «die Wahlen zu stören» und allenfalls einen zweiten Wahlgang zu erzwingen, was mit Leer-Einlegen oder Stimmabstimmung nicht möglich sei. Auf Insistieren der Journalisten wurde Eva Segmüller aber als «Spitzenkandidatin» bezeichnet.

Anrecht auf Teil am Kuchen

Die Frauengruppe, zeigt sich empört, dass auch bei diesen «verknöcherten Regierungsratswahlen» für die sieben Sitze seitens der drei Parteien keine Politikerin portiert wurde, «obwohl sich eine fähige und kompetente Frau zur Verfügung gestellt hat». Weil man gegen das Gefühl ankämpfe, «einer Gattung anzugehören, die regelmässig zur politischen Schlachtbank geführt wird», wolle man mit Flugblättern und Inseraten kantonsweit tätig werden und versuchen, die als «Alibi» empfundene Wahl zu beeinflussen.

## Bankenaufsicht wird verstärkt

Die Regierung plant die Einrichtung eines Sekretariats

Die Bankenaufsicht in unserem Land soll verstärkt werden. Nach Angaben von Regierungschef Hans Brunhart plant die Regierung die Einrichtung eines Sekretariats, das der bestehenden Bankkommission als Hilfe zur Seite gestellt werden soll. Das Sekretariat, das in der Landesverwaltung integriert wird, soll auch Aufgaben allgemeiner Art im Finanzwesen übernehmen.

Die liechtensteinische Bankenaufsicht sei, so hatte der Vizepräsident des Direktors der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Markus Lusser, vor zwei Jahren in einem Vortrag in Vaduz erklärt, den schweizerischen Vorstellungen über eine effiziente Banken- und Finanzgesellschaftenkontrolle nicht ganz angepasst. Er regte, wie bereits vor ihm schon Nationalbankpräsident Leutwiler, die Schaffung einer vollamtlichen Stabsstelle innerhalb der Verwaltung an, «der die Bankkommission – sie ist schon heute als Konsultativorgan konzipiert – beratend zur Seite stehen könnte.»

Dieser Aufforderung ist die Regierung nun offenbar nachgekommen, denn sie fasste den Beschluss, der Bankenkom-

mission ein Sekretariat zur Seite zu stellen. Nach Angaben von Regierungschef Brunhart hat eine Untersuchung ergeben, dass die Bankkommission in ihrer jetzigen Ausgestaltung beibehalten werden sollte, sie jedoch durch ein Sekretariat unterstützt werden müsse. Der Aufgabenbereich der Bankkommission habe sich, so Brunhart, durch die Ausdehnung der Banken und der Finanzgesellschaften wesentlich ausgeweitet.

Das Sekretariat für die Bankkommission wird beim Amt für Volkswirtschaft integriert. Es soll jedoch nicht nur der Bankkommission zur Verfügung stehen, sondern auch für andere Aufgaben im Bereich des Finanzwesens eingesetzt werden können.

Die Bankenaufsichtsbehörde hat, wie Lusser in seinem Vortrag ausführte, darüber zu wachen, dass die Voraussetzungen für ein gesundes Bankensystem – besonders die organisatorischen, personellen und kapitalmässigen Bedingungen – ständig gegeben sind. Sie übe deshalb vorwiegend eine präventive Aufgabe aus. Bereits ihre Existenz halte die Banken und Finanzgesellschaften zu sorgsamem Gebaren an. (G.M.)

## Ausstellung

Bilder von Helga C. Holzhacker-Büchel

im Rathaussaal Vaduz vom 27. Februar bis 13. März

Geöffnet Mo–Fr 15.00–19.00 Uhr Sa+So 10.00–17.00 Uhr